

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 74 (1994)
Heft: 7-8

Rubrik: Dossier : Deutschland : Mythen und Realitäten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ANTONIA GRUNENBERG,
geboren 1944 in Dresden, ist apl. Professorin
für Politische Wissenschaft an der RWTH
Aachen und Publizistin.
Sie arbeitet auf dem
Gebiet der Politischen
Theorie und der Politischen Kultur. 1993
erschien im Rowohlt
Verlag ihr Essay «Antifaschismus – ein
deutscher Mythos».

DEUTSCHLAND. MYTHEN UND REALITÄTEN

Deutschland und die Mythen des «Anti»

Politik und Ideologie des «Anti» wirkten in der deutschen Nachkriegsgeschichte in verschiedenen Koalitionen: als Anti-Modernismus, Anti-Liberalismus, Anti-Faschismus, Anti-Kommunismus. Das Ende der Blöcke bringt zwar Freiheit, aber anscheinend kein Ende des bipolaren Denkens.

Durchaus paradigmatisch liest sich heute, was der Psychoanalytiker Manès Sperber im Rückblick über seine Weltsicht als junger Kommunist in der Weimarer Republik notierte: «Hüben – drüben... Hier eine Welt des Niedergangs, in der das ewig Gestriges mordend verendet – dort eine Welt im Aufbau für neue Menschen. Drüben – hüben: die Sowjetunion, das sozialistische Sechstel der Erde auf einer Seite – die fünf Sechstel auf der andern, wo man angesichts von Verhungernden Weizen verbrannte, um den Preis zu halten, und wo sich die Kohlehalden haushoch türmten, indem in den Hütten der Ausgesteuerten Kinder erfroren. Seit die Krise begonnen hatte (gemeint ist die Weltwirtschaftskrise von 1929 – die Verf.), wurde dieses Alternativedenken unabweisbar, zwingend.» (Manès Sperber: Die vergebliche Warnung. All das Vergangene..., München 1980, S. 186.)

Ein solches Pathos des dualistischen Denkens trifft man zwischen den beiden Weltkriegen nicht nur bei den Kommunisten an. Es findet sich quer durch die sozialen Schichten und die politischen Lager, auch bei jungen Sozialdemokraten und linksliberalen Intellektuellen. Es ist in der anti-faschistischen Ideologie ebenso vertreten wie (mit anderen Konnotationen) im Anti-Republikanismus der Rechten, im Anti-Kapitalismus ebenso wie im Anti-Kommunismus.

Verspätete politische Moderne

Seit Mitte des neunzehnten Jahrhunderts bot Deutschland auch deshalb einen so fruchtbaren Boden für die Ausbreitung dualistischer bzw. dichotomischer Ideologien, weil das Land von eigentümlichen Ungleichzeitigkeiten geprägt war. Einerseits war es trotz Vielstaatlichkeit zur führenden Industriemacht herangewachsen, andererseits aber war der Einheitsstaat spät, von oben dekretiert und ohne demokratische Bewegung gekommen. Die parlamentarischen Formen der politischen Interessenorganisation konnten sich ohne ein politisch bewusstes Bürgertum nicht recht entfalten.

Anti-bürgerliche Affekte waren nicht nur in den Reihen der Arbeiterbewegung präsent; sie motivierten auch jene Schichten, die zwar von der Modernisierung profitierten, den damit einhergehenden sozialen und politischen Wandel aber ablehnten und den revolutionären bürgerlichen Traditionen der Engländer, Nordamerikaner und Franzosen fremd gegenüberstanden.

In der deutschen Ideengeschichte des 19. Jahrhunderts sah man die Welt, insbesondere die der Deutschen, in einen Kampf der Gegensätze verstrickt. In den politischen Imaginationen des englischen Wahl-Deutschen Houston Stewart Cham-

berlain, des Populärwissenschaftlers *Eugen Dühring* oder der völkischen Kulturkritiker *Oswald Spengler* und *Christoph Steding* befanden sich die Deutschen in einem ewigen Kampf gegen das Anti-Deutsche: gegen Juden, Engländer, Franzosen, Russen, Niederländer, Schweizer, Rundköpfe, Krummnasen, Theologen, Aufklärer...

Mit gängigen Dualismen grenzte sich das Bildungsbürgertum gegen benachbarte Kulturen ab. Gegen den französischen «Esprit» wurde die Tiefe der deutschen «Volksseele» beschworen. Der Mythos einer substanzialen deutschen Kultur wurde gegen die angebliche Oberflächlichkeit einer europäischen (insbesondere französischen) Zivilisation ausgespielt. Die Engländer galten in diesem metaphernreichen politischen Horizont als Volk der (jüdischen) Händler, deren Demokratie des Aushandelns und Kompromisseschliessens dem «Wesen» der Deutschen nicht angemessen schien. Aus Stereotypen wie diesen schöpfte auch der in Deutschland sprichwörtlich gewordene Anti-Liberalismus.

Auch nach dem Ersten Weltkrieg wirkten derartige stereotype Bilder und Vorurteilsstrukturen weiter: Deutschland, das nach Meinung breiter Schichten angetreten war, in diesem Krieg die Gegensätze, denen es sich ausgeliefert wähnte, zu überwinden, sah sich nach der Niederlage erneut als ihr Opfer.

Auf der radikalen Linken entstand aus der Kritik an den sozialen Folgen der Modernisierung und an der reformerischen Position der Mehrheitssozialdemokratie insbesondere nach dem Ersten Weltkrieg eine heftige Ablehnung der ersten demokratischen Republik, die ihre Schärfe aus der Vision einer radikal egalitären politischen und sozialen Neuordnung gewann. Dies waren denkbar schlechte Voraussetzungen für eine junge Republik, die auf inneren und äusseren Frieden setzen musste.

Die ideologische Gestalt des Antifaschismus in Deutschland ist ohne diese Tradition der Anti-Bürgerlichkeit und ohne das Denken in Dualismen und Dichotomien nicht zu begreifen. Antifaschismus ist daher auch nicht nur aus der Tradition der Arbeiterbewegung mit ihren radikalen Gruppierungen zu erklären.

Eine Welt – in zwei Teile gespalten

Bis in den Alltag hinein wurden in der Weimarer Republik Gesellschaft, Staat und Welt als gegensätzlich und widersprüchlich erlebt und verarbeitet. Was der alte Manès Sperber über sein junges *alter ego* geschrieben hatte, das war nicht nur Kopfgeburt, sondern gründete auf eigenem Erleben und Mit-Leiden. Die krassen Gegensätze zwischen arm und reich, zwischen Kriegsgewinnlern, Spekulanten und Arbeitslosen bzw. «Ausgesteuerten» prägten die Republik ja wirklich. Doch die handelnden Personen und Parteien wurden auch zu Opfern einer *self-fulfilling prophecy*, die auf die «reinigende Wirkung» des «Kampfes» (oder des Klassenkriegs) vertraute und in der die Gegensätze endgültig gelöst werden sollten. So nimmt es nicht wunder, dass der Sozialstaatskompromiss, auf dem die Verfassung der Weimarer Republik aufbauen sollte, von seinen linken Kritikern weit hin als das Zuckerbrot einer sozialdemokratischen Parteitaktik kritisiert wurde, die sich in der Regel doch nur auf die Peitsche (Polizei und Militär) verliess.

Antifaschismus als Ideologie und soziale Kampfstrategie entsteht in diesem Kontext schon in den zwanziger Jahren, lange vor der Heraufkunft des Nationalsozialismus in Deutschland. Er verdankt sein Entstehen der Machtergreifung des Faschismus in Italien 1922. Aber in Deutschland richtet er sich gegen einen aggressiven Profit-Kapitalismus und die politische Rahmenordnung, die seinen brutalen Auswüchsen keine wirksame Kontrolle entgegensezte.

Anti-Faschismus vor dem Zweiten Weltkrieg meint aber nicht nur, wie der Begriff nahelegt, eine Gegnerschaft zu einer im Entstehen begriffenen Machtordnung, sondern zielt auf eine den Faschismus bzw. Nationalsozialismus überwindende politische Gegen-Ordnung, den Sozialismus. An ihr orientiert sich jene pathetische Erzählung, die Manès Sperber seinem jugendlichen *alter ego* in den Mund legt. Die radikale Linke votiert im Kampf gegen den Nationalsozialismus nicht für die Sanierung der demokratischen Ordnung, weil sie diese für die Wegbereiterin des Faschismus hält.

**Deutschland,
das nach
Meinung breiter
Schichten
angetreten war,
in diesem Krieg
die Gegensätze,
denen es sich
ausgeliefert
wähnte, zu über-
winden, sah sich
nach der Nieder-
lage erneut als
ihr Opfer.**

Antifaschismus als Staatsmythos: Die DDR

1945 wird das besiegte und befreite Deutschland unter die Besatzung der Siegermächte gestellt und aufgeteilt. Doch schon wenige Jahre später erweist sich die Teilung als Beginn einer weltweiten Blockbildung.

Der Dualismus ist nun global. Der Antifaschismus der Nachkriegszeit unterscheidet sich von dem der Weimarer Republik und der Kriegszeit grundsätzlich, weil er das jenseitige Ziel als diesseitige Politik verfolgen kann: die Errichtung eines nicht-kapitalistischen Staates, in dem die parlamentarische Interessenorganisation und das demokratische Rahmenwerk nur noch eine marginale Rolle spielen.

Der junge, unter Aufsicht der sowjetischen Militärbehörden und der KPdSU aufgebaute Staat der DDR versteht sich als radikalste und als einzige mögliche Antwort auf den Terrorstaat des Nationalsozialismus. Aber die die Staatsgründung begleitende ratio «*Kapitalismus führt zum Faschismus*» zielt natürlich nicht nur auf die Beseitigung der Reste des Nationalsozialismus, sondern auch auf die Verhinderung einer neuen bürgerlichen Republik. Die DDR optiert für einen völligen Neubeginn.

Diese Volte, die es den Staatsgründern ermöglicht, die Kontinuität der deutschen Geschichte aufzubrechen, führt dazu, dass Geschichte in der DDR als Staatsgeschichte von Siegern weitergeschrieben wird. Sie knüpft bruchlos an den Antirepublikanismus der Linken in der Weimarer Republik an. Der Widerstand in den Konzentrationslagern, Internierungslagern und Zuchthäusern wird für die Legitimation des neuen Staates funktionalisiert. Das demokratische Erbe des Westens, auf das sich die Häftlinge von Buchenwald in ihrem berühmten «Schwur» auch berufen hatten, wurde umgemünzt in die Verpflichtung, den antifaschistischen und antikapitalistischen Staat aufzubauen.

Doch war der Antifaschismus der DDR nicht nur Gründungsmythos. Die politische Führung beseitigte unter breiter Zustimmung der Bevölkerung die Reste der nationalsozialistischen Bildungs- und Verwaltungsstruktur, verstaatlichte den Kapital- und den Grossgrundbesitz.

***Der Erfolg
des anti-
faschistischen
Konsenses
beruhte darauf,
dass er
gleichermaßen
als ideologische
Erziehungs-
diktatur wie
als autoritärer
Sozialstaat
wirkte.***

Der Jahrzehntelange Erfolg des antifaschistischen Konsenses beruhte darauf, dass er gleichermaßen als ideologische Erziehungsdiktatur wie als autoritärer Sozialstaat wirkte, der in bevormundender Fürsorglichkeit seinen Bürgerinnen und Bürgern auch die «richtige Weltanschauung» verordnete.

Die Politik des neuen Staates konnte an ein kollektives Scham- und Versagensgefühl anknüpfen, dessen Wortlosigkeit durch den staatlich sanktionierten Antifaschismus aufgefangen werden konnte, ohne dass individuelle Erinnerungsarbeit notwendig war. Die Gründung einer Partei für ehemalige Nationalsozialisten, das Angebot der sozialen Integration in einem Staat, der Loyalität forderte und dafür Entschließung bot, all dies erhöhte die Attraktivität des antifaschistischen Staates. Der soziale und politische Konsens, der dadurch geschaffen wurde, hält bis in die achtziger Jahre hinein.

Erst unlängst ist aus Aktenfunden bekanntgeworden, dass der Staatssicherheitsdienst ehemalige NS-Funktionäre zur Mitarbeit im Staatssicherheitsdienst der DDR erpresste. Die Akten enthüllen auch, dass nationalsozialistische Verbrechen aus taktilen Erwägungen der Staatsräson Jahrzehntelang ungesühnt blieben.

Antifaschismus versus Antikommunismus: Die Bundesrepublik

Der Antifaschismus der DDR war auch deshalb so erfolgreich, weil er als *alter ego*, ja als verkörpertes schlechtes Gewissen des westdeutschen Staates auftrat und sich mit dieser Gegnerschaft auch legitimierte. Und umgekehrt wurde im Zeitalter der Blockordnung Antifaschismus in der Bundesrepublik als Synonym für Pro-Sowjetismus marginalisiert und durch einen Antikommunismus ersetzt, der die DDR als Vorposten des «sowjetischen Blocks» anprangerte.

Dabei ist der Antikommunismus der Nachkriegszeit ein anderer als der der Zwischenkriegszeit. Die Stellung des Westens zu den revolutionären Bewegungen in Europa und zu Russland nach 1918 war teils militant (wie die Intervention der Westmächte in den russischen Bürgerkrieg 1918 bis 1921), teils aber auch ausserordentlich schwach, wie die Unfähigkeit der

demokratischen Parteien beweist, der radikalen Linken Stimmen abzunehmen. Der Antikommunismus nach 1945 ist stark, weil er um die Verbrechen des Stalinismus weiss, auf einer stabilen sozialen politischen Rahmenordnung ruht, von den West-Alliierten beschützt wird, von der Sowjetunion als Feind-Bild bestätigt wird – und weil es angesichts der Teilung der Welt in Blöcke keine Alternative gibt.

Die junge Bundesrepublik setzte – im Unterschied zu ihrem feindlichen Schwesternstaat DDR – als Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches auf die Kontinuität der Eliten. Auch ihr kam dabei die Bereitschaft der Kriegsgeneration zugute, über das Vergangene zu schweigen, die Arbeit des Neuanfangs vor die der Erinnerung zu setzen.

So hatte ein antikapitalistischer Antifaschismus in der Bundesrepublik keine Chance. Aber der Umkehrschluss trifft eben auch nicht zu. Die Bundesrepublik war kein Nazinachfolgestaat, auch wenn Umfragen bis Ende der fünfziger Jahre einen hohen Prozentsatz von Antisemitismus und Sympathie für den Nationalsozialismus ergaben.

Die neue Republik gründete sich nicht nur auf die teilweise Kontinuität der alten Eliten; sie legitimierte sich auch über konservative Persönlichkeiten, die im Widerstand oder zumindest Anti-Nazis gewesen waren. Dazu gehörten führende Politiker der ersten Generation: *Konrad Adenauer, Eugen Gerstenmaier, Alois Hundhamer, Josef Müller...* Dennoch brauchte der konservative Widerstand in der politischen Kultur der Bundesrepublik lang, um seinen Platz in der deutschen Geschichte zu behaupten.

Zu dem widersprüchlichen Bild der jungen Bundesrepublik gehörte auch, dass einige Minister und hohe politische Beamte eine nationalsozialistische Vergangenheit hatten (z. B. *Hans Globke* oder *Theodor Oberländer*), und dass gleichzeitig die charismatische Persönlichkeit des Widerstandskämpfers und KZ-Häftlings *Kurt Schuhmacher* (SPD) die ersten Jahre der Bundesrepublik mit prägte. Der sozialdemokratische Widerstand im Exil, den die CDU jahrelang als «Vaterlandsverrat» denunziert hatte, wurde freilich erst mit der Kanzlerschaft des Wider-

standkämpfers *Willy Brandt* (1969) rehabilitiert.

Mitte der sechziger Jahre brach mit dem Beginn der Auschwitz-Prozesse und dem erstmaligen Eintritt der Sozialdemokraten in die Regierung (1967) auch öffentlich jener starre antikommunistische Konsens auf, mit dem sich viele Altnazis so gut hatten identifizieren können.

Die junge studentische und ausserparlamentarische Bewegung, die seit Mitte der sechziger Jahre an den Universitäten und den anderen Bildungsinstitutionen entstand, attackierte die Kultur des Schweigens, die auf Kontinuität gesetzt hatte und forderte eine Kultur des radikalen demokratischen Neubeginns.

Mit dem Antifaschismus der DDR verband viele junge Radikaldemokraten auch eine fundamentale Kritik an der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und an einem parlamentarischen System, in dem sie nur Kontinuität, aber nicht die demokratische Selbsterneuerung sahen. So hatten unter ihren Attacken denn auch nicht nur alte Nazis und ihre Beschützer zu leiden, sondern auch verdiente Sozialdemokraten und integre Konservative. Darin wiederholte sich noch einmal als historisches Aperçu jener antiliberalen Impuls des Antifaschismus, der sich in der Zwischenkriegszeit so verheerend auf die Weimarer Republik ausgewirkt hatte. Nur dass die zweite deutsche Republik aufgrund der Stabilität ihres Parteiensystems und ihres Schutzes von aussen unvergleichlich stabiler war.

Das Jahrhundert des «Anti»

Dieses Jahrhundert wird wohl auch als Jahrhundert der Anti-Ideologien in die Geschichte eingehen. Politik und Ideologie des «Anti» wirkten in verschiedenen Koalitionen. Das «Anti» war in staatlichen Ordnungen ebenso präsent wie in intellektuellen Utopien. Nach 1945 gingen die Vorkriegsdualismen in eine globale Blockordnung ein. Die Blöcke brachten Unfreiheit in einem Teil der Welt, aber gleichzeitig sicherten sie den Frieden. Das Blockdenken ist auch heute noch nicht überwunden. Die heftigen Debatten unter Deutschlands Intellektuellen über linke und rechte Identitäten stehen paradigmatisch für eine verunsicherte Öffentlich-

**Im Zeichen
der grossen
Unübersichtlich-
keit ist das
gewalttätige
Dagegen-Sein
ein Ausdruck
der Sehnsucht
nach bipolarer
Ordnung,
in der klar
nach «Freund»
und «Feind»
unterschieden
werden kann.**

keit, die sich von den traditionellen Koordinaten politischen Denkens und Handelns nicht trennen mag. Selbst die gewalttätigen Reaktionen jugendlicher Bands auf die Umbrüche in beiden Teilen Deutschlands lassen noch erkennen: Im Zeichen der grossen Unübersichtlichkeit ist das gewalttätige Dagegen-Sein ein Ausdruck der Sehnsucht nach bipolarer Ordnung, in der klar nach «Freund» und «Feind» unterschieden werden kann. Auch der Antifaschismus hat trotz seiner totalitären Hypothek wieder an Aktualität gewonnen. Der neue Rechtsradikalismus, der in Deutschland seit Auschwitz andere Konnotationen hat als etwa in Italien, Frankreich oder England, verlangt scheinbar nach «Gegenkonzepten». Doch die Beschwörung eines antifaschistischen Konsenses schleppt

immer auch jenen antiliberalen Impuls mit sich, welcher der Weimarer Republik so geschadet hat und der neuen bundesdeutschen Demokratie nicht nützt.

Die grosse Herausforderung für die neue Bundesrepublik besteht in einer sozialen und politischen Integrationsleistung.

Demokratie ist eben nicht nur Wohlfahrtsstaat plus Parlamentarismus, sondern auch Bürgertugend (und ziviler Ungehorsam), individuelle Selbstverantwortlichkeit (und Gemeinsinn), Interessenpolitik (und Ausgleich). Nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten ist womöglich noch klarer geworden, dass es in der Bundesrepublik wieder einmal um eine aktive Inbesitznahme und Belebung der Demokratie geht und nicht nur um die Verbesserung ihrer Verwaltung. ♦

ANTONIA GRUNENBERG

RÜDIGER GÖRNER,
geboren 1957, lehrt
Neuere deutsche
Literatur- und Kultur-
geschichte an der Aston
University (England).
Mitarbeiter zahlreicher
Zeitungen und Zeit-
schriften, u. a. «Neue
Zürcher Zeitung», «Neue
Gesellschaft/Frankfurter
Hefte». Jüngste Buch-
veröffentlichungen:
«Beethovens Briefe und
Aufzeichnungen» (Insel
Verlag), Hölderlins Mitte
(Iudicium Verlag,
München). Lebt seit
1981 in London.

KULTURNATION?

Anmerkungen zu einem politik-ästhetischen Begriff

Meint Staatsnation auch schon Kulturnation? Angesichts des erstarkenden deutschen Nationalbewusstseins empfiehlt es sich, die beiden Begriffe in ihrer gegenwärtigen und historischen Wechselwirkung zu überprüfen.

Angesichts der Vereinigung der beiden deutschen Staaten scheint es geboten, einen abschwellenden Schwangesang auf die allzu deutsche Differenzierung zwischen *Staatsnation* und *Kulturnation* anzustimmen. Denn die vereinigte, föderalistisch strukturierte deutsche Staatsnation ist, zumindest nominell, wieder identisch geworden mit jener in der Vergangenheit oft metapolitisch verstandenen Idee der Kulturnation. Die kulturelle Tradition sollte, aus der Sicht der Intellektuellen, die politische Zersplitterung der Nation kompensieren; das traf für das Jahrhundert vor Bismarcks problematischem Einigungswerk ebenso zu wie nach dem verbrecherischen Bankrott des deutschen Nationalstaates, der zu seiner Spaltung führte. Selbst in Form von Trümmern galt die «Kultur» als probates

Bindemittel, wobei der Anschein erweckt wurde, dass sie, anders als der Staat, im Prinzip keinen dauerhaften Schaden davongetragen habe.

Kultur und Zivilisation – Trennung oder Durchdringung?

Nach 1918 konnte Friedrich Meinecke, auf den diese begriffliche Differenzierung des Nationalen zurückgeht, erleichtert feststellen: «Die geistige Freiheit der Persönlichkeit, eingebettet in die lebendige Gemeinschaft der Kultur- und Staatsnation, haben sich dadurch (gemeint ist der Sieg über den Bolschewismus), zwar nicht unlädiert, unter uns behaupten lassen.» In seiner grundlegenden Erörterung über «Weltbürgertum und Nationalstaat» (1908) hatte Meinecke das Verhältnis von

«staatlich verfasster Wirklichkeit» und Tradition untersucht, wobei er die Idee der Kulturnation nicht, wie seine späteren Kritiker ihm vorwerfen sollten, mythisch verstand; vielmehr sah er sie im konkreten Brauch, in den Sprachformen und im jeweiligen Kunstwerk verwirklicht, und zwar nicht im Sinne eines Gegensatzes zum Staat, sondern als seine kulturelle Entsprechung. Vor dem Hintergrund der Krise in der Weimarer Republik präzisierte Meinecke diesen Gedanken weiter und erweiterte ihn ins Ethische. Er forderte, dass die «Staatsnation auf dasselbe sittliche Niveau wie die Kulturnation» gehoben werden müsse. Mit dieser Auffassung wandte sich Meinecke wie übrigens auch Ernst Troeltsch in seinen «Spektator-Briefen» gegen den Versuch, Kultur und Zivilisation, Geist und Politik gegeneinander auszuspielen, wie dies während des Ersten Weltkrieges vor allem Thomas Mann in seinen «Gedanken im Kriege» und in den «Betrachtungen eines Unpolitischen» vorgeführt hatte: «Zivilisation und Kultur sind nicht nur nicht ein und dasselbe, sondern sie sind Gegensätze, sie bilden eine der vielfältigen Erscheinungsformen des ewigen Weltgegensatzes und Widerspieles von Geist und Natur.» Selbst in seinem Bekenntnis zum neuen Staat, zu dem er sich mühsam genug hatte durchringen müssen, in seiner Rede «Von deutscher Republik», hielt Thomas Mann an dieser Unterscheidung fest.

Die wechselseitige Durchdringung beider Bereiche forderte dagegen auch der Humanist Albert Schweitzer in seiner Abhandlung über «Kultur und Ethik» (1923). Er verurteilte die «Versuche, zwischen Kultur und Zivilisation» zu trennen, da sie nur darauf hinausliefen, «dem Begriff der nichtethischen Kultur neben dem der ethischen Geltung zu verschaffen». Für Schweitzer stand fest, dass die «nichtethische Kultur» ideologisch manipulierbar sein konnte, da ihr, mit Troeltsch gesagt, die «Gewissensmoral» fehle.

Beschwörend geradezu forderte Hugo von Hofmannsthal bei einem seiner letzten öffentlichen Auftritte die wechselseitige Durchdringung von Kultur und Nation, Geist und Zivilisation: «Nichts ist im politischen Leben der Nation Wirklichkeit, das nicht in ihrer Literatur als Geist vorhanden wäre ...», sagte er in seiner ver-

**Friedrich der
Grosse warf den
Deutschen vor,
es zu keiner
nennenswerten
Literatur ge-
bracht zu haben;
somit könnten
sie (noch) keine
wirkliche Kultur-
nation bilden.**

mächtnerhaften Rede «Das Schrifttum als geistiger Raum der Nation».

Abschliessend rief er in ihr zur «politischen Erfassung des Geistigen und der geistigen des Politischen».

Unter den Befürwortern einer «konservativen Revolution» nahm damit Hofmannsthal eine Sonderstellung ein: Weder argumentierte er, wie Oswald Spengler, antiwestlich, noch strebte er die Trennung von Kultur und Zivilisation an. Vielmehr ging es ihm um eine kultivierte Zivilisation, beziehungsweise um eine zivile Kultur, die sich freilich vor allem an der Literatur zu orientieren hätte. Dies war durchaus aufklärerisch gedacht. Aufklärerisch insofern, als die Debatte über eine literarisch begründete Kulturnation massgeblich auf jene Diskussion zurückgeht, die Friedrich der Große mit seinem Traktat «De la littérature allemande» (1780) ausgelöst hatte. Darin warf Friedrich den Deutschen vor, es zu keiner nennenswerten («geschmackvollen») Literatur gebracht zu haben; somit könnten sie (noch) keine wirkliche Kulturnation bilden. Die vielfältigen Reaktionen auf Friedrichs Provokation, allen voran Justus Mösers Abhandlung «Über die deutsche Sprache und Literatur» (1781), wiesen dem königlichen Kritiker nach, dass er nicht auf der Höhe seiner Zeit in Sachen Literatur gewesen sei; man hielt ihm Lessing, Wieland, Klopstock und Bürger entgegen, und Möser betonte, dass der «Götz von Berlichingen» des jungen Goethe aus dem «Nationalleben unserer Vorfahren» geschöpft habe. Möser verstand die Literatur hier als einen wesentlichen Beitrag zum kollektiven Gedächtnis. Ähnlich werden später die Romantiker argumentieren, August Wilhelm Schlegel beispielsweise, der seine fünfzehnte Vorlesung «Ueber dramatische Kunst und Litteratur» (1809) mit der Aufforderung an die Poeten beschliesst, «national-historische Trauerspiele» zu schreiben: «In diesen Spiegel (der «grossen Vorzeit» der Nation – der Verf.) lasse uns der Dichter schauen, sey es auch zu unserm tiefen Schamerröthen, was die Deutschen vor Alters waren, und was sie wieder werden sollen.» Ein kurioses Argument: Einerseits zu dem stehen, was man (als Volk) gewesen ist, andererseits keine Entwicklung über dieses Gewesene hinaus. «Rückwärtsgewandte Prophetie» hatte

dies sein Bruder *Friedrich* genannt, doch dabei Entwicklung keineswegs ausgeschlossen.

Bemerkenswert, dass Wieland, der verständlicherweise auch zu den Kritikern des königlichen Traktats gehörte, seinerseits keineswegs nur die «*Kultur*», sprich: Literatur, als Grundlage nationaler Identitätsfindung gelten liess, sondern sehr konkret die Verfassungswirklichkeit, also den «*zivilen*» Teil der Kultur, zum Massstab des Kulturniveaus erklärte. In geradezu «*verfassungspatriotischer*» Absicht definierte er das Nationalgefühl als «*natürliche Frucht einer auf die Gerechtigkeit der Gesetze und die Zuverlässigkeit ihrer Vollziehung gegründeten Zufriedenheit des Volkes mit seinem Zustande*». Jedoch folgt ein Zusatz, der uns heute skeptisch machen muss: «... unter welcher Regierungsform es auch sei».

Wieland warnte vor allzu verkrampten Versuchen in Deutschland, angesichts der Französischen Revolution nun auch «*möglichst eilends*» patriotisch zu werden. Zur kollektiven Erinnerung, angeblich Quelle nationaler Begeisterung, gehörte für ihn auch, «*dass in meinen Schuljahren das Prädikat teutscher Michel eines von denen war, womit belegt zu werden einem jungen Allemannier nur um einen Grad weniger schimpflich war, als den Schul-Esel zu tragen*».

Was heisst «Nationalkultur»?

Bevor von einer Kulturnation überhaupt die Rede sein konnte, bedurfte es einer Verständigung darüber, was eine Nationalkultur sei. Jahre vor Herder hatte sich Johann Joachim Winckelmann in seinen Briefen aus Rom (1755/56) um eine Klärung dieses Begriffs bemüht. Für Winckelmann ist die Erfahrung der Fremde Ausgangspunkt und der Versuch, sie sich anzuvorwandeln. Rom-Reise und Idealisierung Griechenlands wurden für ihn Medium nationaler Selbstverständigung. Nicht das Mittelalter, nicht das, was «*die Deutschen von Alters*» waren, sondern das, was sie werden können: ein Kulturstamm nach griechischem Vorbild. «*Kultur*» wurde mithin selbst zum Mythos, der schon bei Winckelmann gegen den «*westlichen*» französischen Einfluss gerichtet war.

*Frauenkirche in Dresden:
Ihren Wiederaufbau
förderst weniger das kol-
lektive Gedächtnis als
vielmehr der Computer.*



Vergleicht man diesen Versuch, eine deutsche, literarisch geprägte Nationalkultur zu stiften, mit Friedrichs in seinem Urteil über die zeitgenössische Literatur zwar verfehlter, aber in seiner Intention durchaus diskussionswürdiger Polemik «*De la littérature allemande*», so wird man zugeben müssen, dass Friedrichs Ansatz im Prinzip zumindest der tatsächlich «*aufgeklärtere*» gewesen ist. Kultur war für ihn eben nicht anti-westlich, sondern umfassend okzidental, griechisch-römisch antik und französisch-westlich, ein umfassender Lernstoff, den er in, modern gesagt, diskursiver Offenheit zur Aneignung empfahl.

In der Folgezeit entwickelte sich die «*Kultur*» in Deutschland in Form eines Wechselspiels zwischen versuchter Integration des Fremden, vermeintlich Wahlverwandtem, ja Vereinnahmung mittels kongenialer Übersetzungen (wie im Falle der Werke *Shakespeares*) und emphatischer Abgrenzung gegen fremde Einflüsse. Lessing, Herder und Goethe liessen den Eindruck entstehen, als könne Shakespeare zum deutschen Nationaldichter avancieren, neben Homer natürlich. Das idealisierte Athen wurde zur deutschen Ersatz-Hauptstadt, Weimar in seiner charakteristischen Mischung aus Provinz und

Kosmopolitismus zum Zentrum der Kulturnation. Die Schaffung eines Nationaltheaters hatte scheinbar unbedingten Vorrang vor der Bildung einer Nationalversammlung. Das Theater verstand sich seitdem nicht selten als Schau-Platz der KulturNation, ob als «*moralische Anstalt*» (*Schiller*), als Stätte politisch-gesellschaftlicher Veränderung (*Brecht*) oder als «*eine Art neutraler Boden der Nation*» (*Botho Strauss*).

Nationaler Kult oder patriotische Unterhaltungsshow

Die Antike und Shakespeare als Inspiziatoren der deutschen KulturNation hielten zumindest vor und während der Goethezeit den national-germanisierenden Kult in Grenzen. Im Zuge der nationalen Geschichts- und Literaturgeschichtsschreibung nach 1830 und der am Monument ausgerichteten Nationalbewegung wurde aus der nationalen Idee in Deutschland eine KulturNation, die sich rituell unter bürgerlichen Vorzeichen zelebrierte, ohne dass sie sich politisch hätte konstituieren können. Dieser Kult dominierte den Erwartungshorizont, vor dem dann 1848 die Paulskirche zu tagen begann, auf verhängnisvolle Weise. Das national-kulturelle Bewusstsein erwies sich als ungleich ausgebildeter als das demokratische Denken.

Das Monument ersetzte den Diskurs: Die Marienburg im Osten, der Kölner Dom im Westen, die Walhalla im Süden, den Kyffhäuser im Herzen, das waren die Koordinaten nationaler Befindlichkeit vor *Bismarck*, der dann seinerseits zum Objekt absurder Mythisierungen werden sollte. Die Denkmal-Sucht in Deutschland war bis zu ihrer nachhaltigen Verspottung durch *Heinrich Mann* ein fester Bestandteil der Kult(-ur-)nation gewesen.

So wurde zum Beispiel das Projekt einer Fortsetzung des Kölner Dombaus zu einer nationalen Aufgabe stilisiert und von national enthusiastisierten Fürsprechern der Eindruck erweckt, als baue man den deutschen Nationalstaat, wenn man sich für den Kölner Dom einsetzte. *Eichendorff* liess daran keinen Zweifel: «*So trete denn das Deutsche Volk in allen seinen Stämmen und Gauen zusammen, so weit die Deutsche Zunge reicht, und stife seiner Eintracht und christlich brüderlichen Liebe*

ein neues Denkmal, welches mit den Gedenkzeichen der zusammen wirkenden Volksstämme geshmückt, Deutschlands ernsten Willen verkünde, dass dieser Tempel stets auf Deutschem Boden und unter Deutscher Obhut stehen soll.»

Die «Trümmer» des Domes, so *Eichendorff*, seien eine «*unheimlich mahnende Erinnerung an vergangene Grösse*» gewesen, gleichwohl im kollektiven Gedächtnis der Nation, das er voraussetzt, unerlässliche Steine des Anstosses. In diesem Kontext gesehen, regeneriere sich die Nation durch Restaurationsprojekte; die Kult(-ur-)nation etabliere sich qua Denkmalschutzverein als Erinnerungsgemeinschaft, die das Politische nur zu ihrer Testamentsvollstreckung benötige. Man wird gestehen müssen, dass dieser Aspekt kult(-ur-)nationalen Bewusstseins heute weitgehend der Vergangenheit angehört, auch wenn der Kaiser wieder seinen Platz auf dem Deutschen Eck gefunden hat. Die Diskussionen über die Wiedererrichtung des Stadtschlosses in Berlin und die Frauenkirche in Dresden haben gezeigt, dass hierbei das technische Spiel wichtiger ist als die Restauration nationaler Symbolik: In Dresden fördert den Aufbau dieses sakralen Monuments weniger das kollektive Gedächtnis als vielmehr der Computer. Und in Berlin konnte in postmodinem Habitus schon eine blosse Attrappe zureichend die Illusion und quasi-patriotische Gefühle nähren. Der technische oder versatzstückartige Effekt spielt nunmehr offenbar die Hauptrolle; die nationalen Identifikationsmuster werden zum sekundären Nebenprodukt. Beträchtlicher als die Wirkung auf das Kulturbewusstsein ist der kurzzeitig unterhaltsame Showcharakter des jeweiligen Restaurations- oder Rekonstruktionsprojekts.

¹ Zur Diskussion vgl. u. a.: Karl Heinz Bohrer/Kurt Scheel (Hrsg.), *Kultur? Über Kunst, Film und Musik. Sonderheft Merkur*. Stuttgart 1991; Dieter E. Zimmer, *Kultur ist alles. Alles ist Kultur. Über die sinnlose Erweiterung des Kulturbegriffs – und was dies bedeutet für die öffentlichen Etats*. In: *Die Zeit* vom 4. Dezember 1992. Dagegen argumentieren Ulrich Gläser/Thomas Röbke, *Zwanzig Jahre Soziokultur in der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen jugendlichem Aufbruch und vorzeitiger Vergreisung?* In: *Aus Politik und Zeitgeschichte B* 40/93 vom 1. Oktober 1993, bes. S. 9.

Kultur: Gradmesser der Demokratisierung

Der sich ständig erweiternde Kulturbegriff, einst als Gradmesser der Demokratisierung begrüßt, ist heute zu einem unscharfen Pankulturalismus verkommen, der von der «*Streitkultur*» bis zur «*Kultur der Selbstzufriedenheit*» alles umfasst, was einen gemeinsamen Diskurs-Nenner abgeben könnte¹. Das Auratisch-Anspruchsvolle der Kultur, ihr Ethos geht dabei

ebenso verloren wie der Sinn für das Besondere, die Anstrengung, die Leistung, die kulturellen Errungenschaften (bleibenden) Wert verleihen.

Wie ist es um die Idee der Kulturnation bestellt, wenn «*Kunst und Kultur*» nicht an sich goutiert, sondern hauptsächlich als Funktion für den «Standort Deutschland» verstanden werden, als Dekor des ökonomischen Fortschritts?² Um dabei aber die Eingangsfrage noch einmal zu wiederholen: Hat sie sich nicht überlebt, die Frage nach dem Wesen der Kulturnation, da doch seit 1990 keine ästhetisch begründete Ersatz-Nation mehr benötigt wird in Deutschland, da sie im nationalen (schon anachronistisch) geglaubten Rahmen deckungsgleich geworden sind, Staat und Nation? Schärfer formuliert: Verhindert das Festhalten an der Idee der Kulturnation nicht das Zusammenwachsen der Staatsnation? Meint nicht derjenige, der «Kulturnation» sagt, zwangsläufig immer ein zwei- oder mehrstaatliches Deutschland? Konservative Intellektuelle sprachen nach der politischen Vereinigung der beiden deutschen Staaten sogar die Hoffnung aus, dass sich nun «auch eine Chance für die Beendigung der Rivalitäten und Animositäten zwischen Politik und Literatur» eröffnen könnte. Sie frohlockten: «Jetzt ist die «Normalität» jener notwendigen Spannung zwischen «Geist und Macht» erreichbar, wie sie anderswo – etwa in Frankreich – üblich war und die Regel ist.»

Kuriose Umkehr der Verhältnisse: Nach der Gründung der Weimarer Republik waren es die Linken, die zunächst glaubten, dass – in den Worten von Heinrich Mann – Literatur und Staat, Geist und Macht endlich «*Hand in Hand*» gingen, dass Kultur und Politik ein symbiotisches Verhältnis zueinander fänden. Thomas Mann nannte diese Hoffnung eine reine Torheit, eine Illusion, da es eine gehaltvolle Literatur nicht geben könne, wenn sie (politisch) zweckgebunden sei (Tagebucheintrag vom 20. Januar 1919).

Der immer wieder neu konstatierte Gegensatz von «Geist und Macht» in Deutschland ist wesentliches Merkmal seiner Kultur. Mithin ist nicht davon auszugehen, dass es bald zu einer Deckungsgleichheit von Kultur- und Staatsnation kommen kann. Vielmehr ist damit zu rechnen, dass gerade die ostdeutschen

2 Vgl. Bericht der Bundesregierung zur Zukunftssicherung des Standortes Deutschland vom 3. September 1993, S. 8: «Auch Kunst und Kultur bestimmen die Attraktivität des Standortes Deutschland massgeblich mit. Die Bewahrung des kulturellen Erbes und ein dichtes und vielseitiges Kulturangebot sind ein wesentliches Element der Lebensbedingungen und damit auch der Entscheidungen zugunsten eines Standortes.»

Schriftstellerinnen und Schriftsteller geräume Zeit daran festhalten werden, dass sie an einer «Gegenkultur» zur westdeutsch dominierten Staatsnation arbeiten. Inzwischen zeigt es sich sogar, dass die Unterscheidung zwischen Kultur und Zivilisation wesentlich zu dieser «Arbeit» gehören wird. Heiner Müller etwa spricht von einer «ökonomisch über- und kulturell unterentwickelten Zivilisation der ehemaligen Bundesrepublik»; er gebraucht mithin das Vokabular der «Betrachtungen eines Unpolitischen».

Auch für Günter Grass ist das Beharren auf der Kulturnation die einzige mögliche Antwort auf die Vereinheitlichung des Lebens in Deutschland nach allzu westlichen Normen. Dabei geht er davon aus, dass die Kulturnation das bessere Deutschland darstelle, eben als Alternative zur Staatsnation. Dies wurde bereits in seiner Erzählung «Das Treffen in Teltge» (1979) erkennbar, in der es heisst: «Einzig die Dichter, das sagt der (Friedens-)Aufruf (gegen Ende des Dreissigjährigen Krieges), wüssten noch, was deutsch zu nennen sich lohne. Sie hätten ... die deutsche Sprache als letztes Band geknüpft. Sie seien das andere, das wahrhaftige Deutschland.» Der Mythos vom «anderen Deutschland», eine ins Geistige gesteigerte Version der «Sonderwegs»-These, ist eng verknüpft mit dem Glauben an eine unbeschädigte, vom Dichter gestiftete Kulturnation. Für Grass stand übrigens fest, ganz in der Tradition der «Xenien» Goethes und Schillers, dass es an der Veranlagung der Deutschen liege, «keine Nation bilden» und nur in «kultureller Vielgestalt» existieren zu können. Selbst Günter de Bruyn antwortete 1990 auf die umwälzenden Ereignisse in Deutschland mit bekenntnishaften «Gedanken über die deutsche Kulturnation» als dem massgebenden Gegenpol zu einheitlicher Staatlichkeit: «Wer von Kulturnation redet, braucht sich vom ersten deutschen Nationalstaat, dem Bismarck-Reich, ... nicht schrecken zu lassen.» Wer so argumentiert, leugnet, dass die Kulturnation unbedingt mitverantwortlich ist für das, was im Namen der Staatsnation geschehen ist. «Staat» und «Kultur» befinden sich in einer unauflöslichen Verantwortungsgemeinschaft. Wenn Grass behauptet, dass die Deutschen ihren Anspruch auf eine Nation durch Auschwitz verwirkt haben,

dann hätte er folgerichtig auch ergänzen müssen: auf die Existenz einer Kulturnation.

Dass es die Linke bis zur Selbstbemitleidung schwer hat mit der «nationalen Frage», dass sie nostalgisch die Alt-Bundesrepublik beschwört, empfiehlt sie nicht als glaubwürdige Vertreter einer neuen «Streitkultur»; ihre «Tabuisierung der nationalen Frage», ihre harsche Behandlung der Bürgerrechtsbewegung hat zu einem erheblichen Flurschaden in der politischen Kultur geführt, den die Neokonservativen ihrerseits zu nutzen gelernt haben. Von der Linken scheint nun ein pragmatisch-kritisches Nationalbewusstsein gefordert, aber keine weitere Ausflucht in kulturnational motivierte Ersatzhandlungen. Die neue Basis solchen Nationalempfindens scheint einzuleuchten: «die Lichterketten gegen Fremdenfeindlichkeit» zum Beispiel. Nicht mythischer Kult, sondern Sensibilisierung für notwendige moralische Aufgaben könnte Inhalt dieses Nationalbewusstseins sein.

Mass und Wert der Staatlichkeit

Ist somit die Kulturnation ein überflüssiger Begriff, wie etwa der «Verfassungspatriotismus», da es nun wieder einen realen Gegenstand nationalbewussten Denkens gibt, einen deutschen Nationalstaat und nicht «nur» eine Verfassung als Ersatz?

In seiner Definition des Verfassungspatriotismus sprach Dolf Sternberger (1979) von der (geschichtlichen) «Verschattung», aus der das Grundgesetz hervorgegangen sei. Des weiteren schrieb er: «Das Nationalgefühl bleibt verwundet, wir leben nicht im ganzen Deutschland. Aber wir leben in einer ganzen Verfassung, in einem ganzen Verfassungsstaat, und das ist selbst eine Art von Vaterland.» Die Verfassung prägt die politische Kultur, die ihrerseits sowohl Teil der Staatsnation wie der Kulturnation ist. Hermann Lübbe hat behauptet, Sternberger habe mit «Verfassungspatriotismus» ein «Selbstgefühl» gemeint, das sich vor allem dadurch bilde, «dass man Teilen der eigenen Vergangenheit

**Nicht mythischer
Kult, sondern
Sensibilisierung
für notwendige
moralische
Aufgaben könnte
Inhalt dieses
Nationalbewusst-
seins sein.**

zustimme. Er kritisiert dabei den Versuch von Jürgen Habermas, den Verfassungspatriotismus «inhaltlich auf die Übereinstimmung mit den universell geltenden Menschen- und Bürgerrechten im Grundgesetz schrumpfen» zu lassen. Schrumpfen? Ist die Garantie und Verwirklichung der Menschenrechte nicht etwa die massgeblichste Aufgabe einer Demokratie? Lübbe macht sich einer «Schrumpfung» des verfassungspatriotischen Bedeutungsgehalts schuldig, wenn er, bewusst irrtümlich, im Namen Sternbergers behauptet: «Jeder lebenskräftige Patriotismus, aus dem gerade auch die Demokratie lebt, erstreckt sich auf die eigene kulturelle und politische Herkunftsgeschichte, also auf das, wodurch wir uns von anderen unterscheiden.» Doch gerade diese «Herkunftsgeschichte» erweist sich besonders im Falle Deutschlands als Verflechtungsgeschichte – im Kulturellen wie im Politischen. Sternberger hatte es sich zur Aufgabe gemacht, den vagen, gefühlssbeladenen, immer am Irrationalen grenzenden Patriotismus mit verfassungspolitischer Konkretheit zu verbinden, die Menschenrechte im Sinne einer Zivilgesellschaft den Deutschen als «Katechismus» anzuempfehlen. Er betonte eben nicht nur (wie Lübbe) das «Selbstgefühl», sondern reflektierte den «verschatteten» Teil der deutschen Identität ebenso wie ihren europäischen Kontext. Wer die nationalen Verschiedenheiten betont, sollte ergänzen, dass sie sich nur dann für alle fruchtbar entfalten, wenn die Nationen gleichzeitig ihre Gemeinsamkeiten entwickeln oder «kultivieren».

Die Kulturnation (wie der Verfassungspatriotismus) bleibt somit als Anspruch bestehen, als Mass und Wert wie auch als Sinn und Form der Staatlichkeit. Meineckes Wort von 1925 bewahrheitet sich auf neue, überraschende Weise: Die Staatsnation muss sich sittlich bewahren und an der Idee der Kulturnation orientieren. Die Kulturnation wiederum wird nicht umhin können, sich politisch in die Pflicht nehmen zu lassen; von der Intensität dieser Wechselwirkung hängt der Wert des Nationalbewusstseins in Deutschland ab. ♦

RÜDIGER GÖRNER

CHRISTIAN GRAF V. KROCKOW,
1927 in Pommern geboren, zwischen 1961 und
1968 Professor für Politikwissenschaft, seither
freier Schriftsteller, wohnt in Göttingen.
Der vorliegende Beitrag
ist der Teilabdruck
eines am 8. Juni am
Liberalen Institut in
Zürich gehaltenen Vor-
trags. Weitere Buch-
veröffentlichungen zum
Thema «Deutschland»:
*Heimat-Erfahrungen mit
einem deutschen Thema*,
Stuttgart 1989. *Die
Deutschen in ihrem
Jahrhundert, 1890–1990*,
Reinbek 1990. *Die Deut-
schen vor ihrer Zukunft*,
Berlin 1993.

DEUTSCHLAND UND SEINE EUROPÄISCHE ZENTRALLAGE

*Deutschland wird unentrinnbar von seiner
europäischen Zentrlage bestimmt, und wenn man
von Russland mit seiner Ausdehnung über zwei
Kontinente absieht, dann hat es auf begrenztem
Raum mehr Nachbarn als jeder andere Staat
auf der Welt.*

Die Märchen erzählen, wie Prinzessinnen geboren werden: Weise Frauen treten ans Kindbett und sagen ihre Zaubersprüche; sie wünschen Tugend, Schönheit und Reichtum, und die Wünsche gehen in Erfüllung. Doch es gibt auch den Fluch, wie in der Geschichte vom Dornröschen: «*Die Königstochter soll sich in ihrem fünfzehnten Jahr an einer Spindel stechen und tot hinfallen.*» Der Tod kann gerade noch zum hundertjährigen Schlaf abgewandelt werden, aber dann hilft keine Vorsorge mehr, kein Spindelverbrennen; das mit der Geburt vorgegebene Schicksal muss sich erfüllen.

Mit den Nationen scheint es ähnlich zu sein wie mit Prinzessinnen. Es gibt Vorbestimmungen, denen sie sich stellen müssen, zumindest eine: die geographische Lage. Alles sonst mag sich wandeln, sogar der Volkscharakter, obschon selten in kurzen Fristen. Die Schweden waren einst als brutale Soldaten gefürchtet, die Engländer hielten sich im Mittelalter vom Seefahren fern, und vom verträumten deutschen Michel hatte man um 1840 ganz andere Vorstellungen als ein Jahrhundert später, als «Blitzkrieg» und «Endlösung» statt «Bildung» und «Gemütlichkeit» zu Weltworten aufrückten.

Die Geographie jedoch setzt ein Schicksal, sei es zum Segen oder zum Fluch. Ob man sich in einer europäischen Randlage befindet wie Portugal und Norwegen oder in einer Zwischenlage, von mächtigen Nachbarn überschattet, wie Polen, ob es dank Meeren und Gebirgen weithin «natürliche» Grenzen gibt, wie für Spanien, Italien und Frankreich, oder ob man sich, wie Ungarn, in einer ringsum offenen Fläche einrichten muss, das schafft politische Grundbedingungen, zum Bei-

spiel für die Sicherheit oder Gefährdung.

Vor- und Nachteile des Verbundsystems

Die Zentrlage lässt grundsätzlich zwei Möglichkeiten zu. Die eine zielt auf Verflechtung, auf Verbundsysteme. Ein solches System entstand 1648 zu Münster und Osnabrück. Das alte Reich, was immer es sonst sein mochte, bestand gewissmassen aus seinen Verflechtungen. Im 18. Jahrhundert waren die Könige von England, Polen, Dänemark und Schweden als deutsche Kurfürsten oder sonst durch ihre Besitzungen mit dem Reich verbunden; der Kurfürst von Brandenburg verfügte über Ostpreussen, so dass er sich dort – ausserhalb des Reiches – zum «König in Preussen» krönen konnte; die kaiserlich-habsburgischen Länder streuten ohnehin weit über Europa; Frankreich war eine Signatar- und Garantiemacht des Westfälischen Friedens. Ein zweites, allerdings weniger deutliches Verbundsystem entstand 1815 auf dem Wiener Kongress, ein drittes nach 1945. In allen Fällen ging es zugleich um Versuche, nach langen und katastrophalen Kriegsperioden Frieden zu schaffen.

Zur Logik eines jeden Verbundsystems gehört freilich, dass es die Handlungsmöglichkeiten beschränkt. Im Geleitzug kann kein Kapitän Kurs und Geschwindigkeit nach eigenem Ermessen bestimmen, im Bus fährt man anders als im privaten Auto, und nach der Eheschliessung sollte man sich nicht mehr benehmen, als sei man noch Junggeselle; als «Single» zu leben bringt Vor- und Nachteile, wie auch die Wohngemeinschaft.

Für Nationen ist es nicht anders, und je nach dem Standpunkt sieht man die Vor- oder Nachteile des Verbundsystems. Der deutsche Nationalismus aber, wie er sich seit dem 19. Jahrhundert entwickelte, sah bloss noch die Nachteile, je weiter er sich entwickelte, desto einseitiger. Man sprach von Ohnmacht und Demütigung; der ungeheure Jubel, der Bismarcks Reichseinigung begleitete, entsprang nicht zuletzt dem Gefühl, nun – endlich – frei, aller lästigen Abhängigkeiten ledig und Herr im eigenen Hause zu sein.

Nur leider: Der europäischen Zentrallage und damit der Beziehungsnähe zu den Nachbarvölkern liess sich nicht entkommen. Solche Nähe, sofern sie nicht mehr durch prinzipielle Gleichrangigkeit im Verbundsystem bestimmt sein soll, lässt ihrer Logik nach bloss die andere, zweite Möglichkeit zu: Dominanz. Denn nur Rücksichtslosigkeit befreit davon, auf die Nachbarn Rücksicht zu nehmen; nur überlegene Macht kann verhindern, dass die Nähe doch wieder in Abhängigkeiten umschlägt. Wie aber kann die Dominanz erreicht und auf Dauer gestellt werden, wenn nicht im Konflikt, im Machtkampf gegen die Nationen ringsum?

1945: Zusammenbruch der Tyrannie

Die Herstellung der Dominanz ist in zwei Weltkriegen versucht worden – und katastrophal gescheitert. Daher bezeichnet das Jahr 1945 nicht nur als Zusammenbruch der Tyrannie eine Epochewende. Seither entstanden wieder Verbundsysteme, im Zuge des kalten Krieges gleich zwei. Die DDR wurde ins Sowjetimperium eingegliedert, indessen die Bundesrepublik sich dem Westen zuwandte. Die Bürger der DDR wurden bei ihrer östlichen Eingliederung gar nicht erst gefragt, sondern mussten sich fügen; die Bundesbürger haben die Wendung nach Westen bald und zunehmend eindeutig bestätigt. Nicht zuletzt dieser Wendung verdankte Adenauer in den fünfziger Jahren seine strahlenden Wahlsiege.

Natürlich schien es vorteilhaft, ein guter (West-)Europäer zu sein. Einerseits fand man Schutz vor der unheimlichen Macht aus dem Osten. Andererseits konnte man das gerade Vergangene, wenn schon nicht vergessen machen, dann doch

Nur Rücksichtslosigkeit befreit davon, auf die Nachbarn Rücksicht zu nehmen; nur überlegene Macht kann verhindern, dass die Nähe doch wieder in Abhängigkeiten umschlägt.

vergessen sein lassen und vom Paria zum geachten Partner aufrücken. Der wirtschaftliche Erfolg tat ein übriges; mit ihm entwickelte sich eine ökonomische Spielart von Weltbürgertum, als sich die Bundesrepublik zur Welt-Exportmacht mäusezte. Als blossen Opportunismus sollte man die Hinwendung zum Westen dennoch nicht werten. Gerade die jüngeren Generationen, die das Geschehen vor 1945 nicht mehr zu verantworten hatten, erwiesen sich als überzeugte Europäer. Auch die wirtschaftlichen Bedingungen sollte man so gering nicht schätzen, wie Intellektuelle das zu tun pflegen. Erst der Erfolg schuf dem neuen Verbundsystem sein praktisches, vergleichsweise solides Fundament, und inzwischen bildet das ökonomische Weltbürgertum einen wichtigen Sperriegel wider den ausländerfeindlichen Rechtsextremismus, weil man um Exportchancen bangt.

Bedeutung der Wiedervereinigung

Auf den ersten Blick hat sich nach 1989 wenig verändert, sofern man davon absieht, dass das östliche Verbundsystem zerfiel und das westliche von der Elbe und Werra bis zur Oder und Neisse vorrückte. Einmütig versichern Regierung und Parteien, dass ihnen, wie einst Adenauer, die europäische Einigung eine Herzenssache sei, die sie nach Kräften voranbringen möchten. Und den Polen, den Tschechen, den Russen wird wieder und wieder versichert, dass wir ihnen ein guter Nachbar sein wollen. Als es um die Bedingungen der Wiedervereinigung ging, hat man verstanden, dass zu ihnen gehörte, keine Furcht zu verbreiten; daher wurde der Vertrag mit Polen, der die 1945 gezogene Grenze feierlich bestätigte, mit überwältigender Mehrheit verabschiedet.

Auf den zweiten Blick jedoch nimmt sich manches verwirrend und vieldeutig aus. Ob es von guter Nachbarschaft zeugt, wenn man einen Teil der Probleme, die sich aus dem Zustrom von Fremden, von Asyl- oder Wohlstandssuchenden ergeben, kurzerhand auf Länder abwälzt, die darauf nicht vorbereitet sind, steht dahin. Insgeheim begegnet man diesen Ländern selbst mit einer Mischung von Verachtung und Furcht; sie stellen sich als Armutszonen dar, von denen her ein Zustrom der Men-

schen ebenso droht wie die Billiglohn-konkurrenz. Und ist es denn wahr, dass das Engagement für Europa noch immer im Vordergrund steht? In der Bevölkerung jedenfalls ist das Interesse drastisch gesunken, sofern man den Umfragen glauben darf. Wenn nach einem Wort von *Jacques Delors* zwar nicht alle Deutschen an Gott, aber alle an die Bundesbank glauben, dann scheint es besser, den Währungshütern in Frankfurt statt einer europäischen Institution zu vertrauen, in der die eigenen Vertreter nur eine Minderheit bilden.

Deutsche Malaise

Wir sind, so scheint es, vor allem mit uns selbst beschäftigt – und zwar in einem Zustand der Unlust, der Schuldzuweisungen und Feinderklärungen, der Depressionen. Dabei gibt es durchaus auch Erfolge; so ist etwa die Wirtschaftsleistung in den neuen Bundesländern 1993 um über sieben Prozent gewachsen; für 1994 wird eine noch bessere Zahl vorhergesagt. Und was nach dem Abbruch schrottreifer Anlagen neu entsteht, wird in mancher Hinsicht exemplarisch modern sein. Bezeichnend ist aber, dass man die Erfolge kaum wahrnimmt; man möchte sich, sarkastisch ausgedrückt, seine schlechte Stimmung nicht verderben lassen.

Es wuchert, anders gesagt, eine seltsame Form von Nostalgie, eine Sehnsucht nach der verlorenen Idylle. Simpel ausgedrückt: In der guten alten DDR waren doch wenigstens die Mieten billig, und jeder hatte einen gesicherten Arbeitsplatz. Und nicht wenige Intellektuelle und Schriftsteller trauern einem verlorenen Biedermeier nach, einer Gesprächs- und Lesekultur, die hinter dem «antifaschistischen Schutzwall» angeblich bewahrt wurde und jetzt dem Ansturm westlicher Zivilisation erliegt.

Doch auch in der alten Bundesrepublik gibt es diese Sehnsucht nach der verlorenen Idylle, als sei man bis gestern die bloss etwas grösse, zugleich gemütliche und leistungstüchtige Schweiz gewesen, gnädig davor bewahrt, grösse Verantwortung übernehmen zu müssen. Während darum die einen mit Entsetzen feststellen, dass wir nach dem Zusammenbruch der Weltordnung von Jalta in die Rolle einer Grossmacht wider Willen geraten, sprechen die anderen von Machtvergessenheit; bezeich-

nend ist die Debatte, die über eine neue Rolle der Bundeswehr und ihrer möglichen Einsätze «out of area» geführt wird.

Im Osten: Ungewissheit

Schaut man in die Zukunft und nach Osten, so bleibt vieles im Ungewissen. Um das an einem Beispiel anschaulich zu machen, von dem man – noch – kaum anders als im Mantel des öffentlichen Schweigens redet: Was wird eigentlich aus dem nördlichen Ostpreussen? Bisher handelte es sich um eine strikt abgeschottete sowjetische Militärkolonie. Aber die Sowjetunion gibt es nicht mehr, und nachdem die baltischen Staaten ihre Freiheit zurückgewonnen haben, hängt das Gebiet um Kaliningrad oder Königsberg beinahe so in der Luft wie zwischen den Weltkriegen die deutsche Provinz. Im übrigen handelt es sich um ein schlimm heruntergewirtschaftetes Gebiet.

Wie also weiter? Vorschläge sind durchaus zur Hand. Aus dem Vorstand der Deutschen Bank stammte das Konzept einer Freihandelszone. Andere hoffen auf eine neue Heimat für die Deutschstämmigen aus Kasachstan; halb im Verborgenen sind längst Organisationen dafür tätig, diese Hoffnung in die Tat umzusetzen. Eines schönen oder unschönen Tages, so der Hintergedanke, könnte man dann die Tarnkappe ablegen und sagen: «Grüss Gott, hier sind wir nun wieder.» Oder handelt es sich – wie man ebenfalls räumen hörte – bloss noch darum, den Preis für unseren Rückkauf auszuhandeln?

Mit Verlaub: Wie schnell schweifen da die Vorstellungen ins Abenteuerliche hinaus! Denn wie würden wohl die Polen reagieren, wenn sie sich unversehens mit einer geographischen Lage konfrontiert sähen, die sie ans Schicksalsjahr 1939 erinnert? Welche Abgründe von Ängsten müssten bei ihnen aufbrechen – oder welche bei Franzosen und Engländern, die den Anlass zum Krieg nicht vergessen haben, welche bei den Dänen, den Niederländern! Nein, so leichthin, so gedächtnisarm lassen sich die Verhältnisse gewiss nicht regeln. Wenn daher die Polen, die Tschechen und andere lieber heute als morgen der Nato beitreten würden, dann steht im Vordergrund gewiss die Furcht vor einem russischen Im-

**Verbundsysteme
– die Europäische
Union ein-
geschlossen –
taugen nicht
zuletzt als
Sperrriegel gegen
die Dominanz
einzelner
Mitglieder.**

perialismus, der – gerade als Kompensation wirtschaftlicher Misere – sehr rasch wieder erwachen könnte. Aber insgeheim geht es zugleich um die Sorge vor deutschen Unwägbarkeiten; Verbundsysteme – die Europäische Union eingeschlossen – taugen nicht zuletzt als Sperriegel gegen die Dominanz einzelner Mitglieder.

Daran allerdings kann kein Zweifel sein, dass der Osten uns fordern wird. Alles, unsere Wirtschaftskraft, unsere historischen Bindungen und Erfahrungen stellen uns dort, unvermeidbar, vor allen

übrigen Ländern des Westens in die vordere Linie. Die Erwartungen, denen wir begegnen, sind ohnehin sehr gross, oft vielleicht übergross. Bis hin zur Bereitschaft, das Deutsche als alt-neue lingua franca, als verbindende Sprache wieder zu lernen (indessen die Russischlehrer auf der Strasse liegen), wächst uns nach der schreckensvollen *Selbstzerstörung* unseres Einflusses im Osten eine neue historische Chance zu, kaum noch erhofft. Ob und wie wir sie nutzen werden, das freilich ist die offene Frage. ♦

CHRISTIAN GRAF VON KROCKOW

HANS RYCHENER,
1911 in Bern geboren,
studierte an der Universität Bern und wirkte
bis zu seiner Pensionierung 1977 als Lehrer
am Untergymnasium.
Sein publizistisches
Hauptinteresse galt dem
Baltikum (mit Finnland
und Ostpreussen).
Nach 1940 setzte sich
Hans Rychener während
langer Zeit in zahlreichen Artikeln für die
Wiederbefreiung der
drei baltischen Völker
ein. 1975 erschienen
die Bücher «... und
Estland, Lettland,
Litauen?» und 1983
«Vergessenes Land (Ostpreussen)», beide im
Verlag Peter Lang, Bern.

WAS WIRD AUS KÖNIGSBERG/KALININGRAD?

Zeichen eines Stimmungswechsels

Nach dem tragischen Untergang von Königsberg war Oblast Kaliningradskaja fast fünfzig Jahre lang ein streng abgeriegelter militärischer Sperrbezirk, ein strategisches Sprungbrett für mögliche Angriffsoperationen der Sowjetstrategen. Heute sind Stadt, Hafen und Bernsteinland eine Exklave der russischen Föderation zwischen Polen und Litauen – ein mit 115 000 km² fragwürdiges Staatsgebilde.

Seit ein paar Jahren erscheint in Kaliningrad die russischsprachige Wochenzeitung «Königsberger-Kurier» mit einer deutschen Zusammenfassung. Der Chefredaktor aus Moskau will den Lesern die grosse Vergangenheit der Stadt beibringen. «Viele Jahre», schreibt er, «hat man mit uns ein übles Spiel gespielt, uns wurde gesagt, vor 1945 gab es hier nichts. Aber die Geschichte der Deutschen ist auch unsere Geschichte. Die Leute, die hier waren, sind unsere Landsleute.»

Schon 1991 veröffentlichte der «Königsberger-Kurier» den Artikel des russischen Schriftstellers Jurij Iwanow, der als junger Soldat seine Heimatstadt Lenigrad hatte verteidigen helfen und dann, voller Hass gegen alles Deutsche, im zer-

trümmerten Königsberg als Angehöriger eines Leichenbergungskommandos einen Monat lang die Toten begraben half. Er schüttet vom Schicksal der untergegangenen Stadt, vertieft er sich, vom Saulus zum Paulus geworden, in ihre Geschichte. Als Vorsitzender des Kulturfonds von Kaliningrad setzte er sich für die Rückbenennung der Stadt ein. In seinem Artikel stehen die Worte, die von einer grossen Wende künden:

«Es ist nicht unsere Sünde und auch nicht unsere Schuld, es ist unsere Armseligkeit, dass wir uns (wegen unseres Unvermögens und der Unmöglichkeit, selbstständig zu denken und zu handeln) niemals über das barbarische Wesen der Verdrehung historischer Fakten und der Umbenennung von über Jahrhunderte im menschlichen Gedenken

behafteten Bezeichnungen von Städten, Straßen und Dörfern Gedanken gemacht haben.»

Königsberg habe, so auch Iwanow, Pech gehabt. Nach dem Tod des «bärtigen Unionsältesten Kalinin» habe die zerstörte Stadt auf Anweisung Stalins den Namen Kaliningrad erhalten. Noch konnte Iwanow nicht wissen, dass der Kampfgefährte Stalins die Urkunde des Massenmordes an über 4000 polnischen Offizieren in Katyn mitunterzeichnet hatte. Die wahren Schuldigen von Katyn sind erst im Oktober 1992 durch Jelzin ans Licht gekommen. Vor dem Hauptbahnhof von Kaliningrad steht auf rotem Sockel eine Statue des 1946 verstorbenen Kalinin. Die Tage des Denkmals dürften gezählt sein, allein schon wegen dessen Nähe zum Nachbarland Polen.

Der Verlust der Heimat und das antiwestliche Feindbild blieben eine Zeitlang bestimend in der hier schon bis in die dritte Generation lebenden russischen Bevölkerung. Die Trostlosigkeit und die Lebensbedingungen in der Militärbastion bewirkten allmählich einen Stimmungs umschwung im Kaliningrader Gebiet. Was war und was geschah hier früher? Wer lebte hier? Der Mensch gründet auf Geschichte, auf Vergangenheit. Und diese lebt weiter, ist Gegenwart, wird Zukunft. Seit der Ankunft der ersten Heimwehtouristen im Jahr 1991 erreichen uns aufsehenerregende Berichte aus Ex-Königsberg. So auch die Feststellung, dass hier immer mehr Schüler Deutsch lernen. Germanistik sei ein bevorzugtes, Dolmetscher ein beliebtes Studium. Geschichtshungrige, auch solche, die ein Geschäft daraus machten, sammelten leidenschaftlich Fundstücke aus deutscher Zeit. Ein Gesinnungswechsel in alten Gewohnheiten: Hochzeitspaare, die sich vor einem Siegerdenkmal fotografieren liessen, zeigen sich jetzt vor dem Grabmal Kants bei der Domruine. In einem Bericht des deutschen Nachrichtenmagazins «Der Spiegel» (26. Februar 1992) steht, dass Künstler der Avantgarde versuchen, die Stadt aus der «geschichtlichen Bewusstlosigkeit» zu befreien. Ein namentlich erwähnter Professor in Kaliningrad erklärt, dass es ihm schon von Kindesbeinen an noch nicht einmal zu denken erlaubt war, was die Augen schliesslich gesehen haben. Ein von roten

Göttern diktiertes Denkverbot in der waffenstarrenden Kantstadt!

Weltoffenes Land – Sperrgebiet

Im Sommer 1930 kam ich erstmals nach Königsberg. Unweit des Bahnhofes im Süden der Stadt – wie gegenwärtig ist mir diese Erinnerung! – fand ich die Jugendherberge. Noch heute sehe ich die gütigen Augen des Herbergsvaters Hilger. Und noch höre ich seine Worte: «Leider besetzt, viele Wandervögel. Aber für einen Alpensohn findet sich schon noch ein Platz.»

Georg Witt, Jahrgang 1929, gebürtiger Königsberger, lebt seit 1952 in der Schweiz. Im Frühling 1945 war dem damaligen Schüler des Hufengymnasiums in Königsberg eine abenteuerliche Flucht aus der belagerten Stadt gelungen, wo sein Grossvater eine bekannte Gärtnerei (seit 1888) betrieben hatte. Eine seiner Töchter gab im letzten Sommer einen Weiterbildungskurs für russische Deutschlehrer in Kaliningrad. Einige Jahre wirkte der junge Witt aus Königsberg im Kanton Bern als Sozialpädagoge. Der ideenreiche, tatkräftige Mann wurde 1965 zum Gründer und Leiter der Eingliederungsstätte in Schaffhausen gewählt. In dieser heute gut eingeführten, anerkannten Institution sind zurzeit 150 Behinderte und 35 Mitarbeiter beschäftigt.

Erst vor kurzer Zeit lernte ich Georg Witt in Bern kennen. Er hat sein Jugendland am Pregel nach 46 Jahren wieder besuchen dürfen. Welch ein Wiedersehen! Gefühle des Glücks, der Enttäuschung und der Trauer müssen sich abgelöst haben. Doch da war die erschütternde Gegenwart einer grossen Wirtschaftsnot, die den einstigen Flüchtling aus Königsberg zur entschlossenen Tat aufrief. Zusammen mit seiner Ortskirche, mit Freunden und Bekannten hat Georg Witt eine «Arbeitsgruppe Hilfe für Osteuropa» ins Leben gerufen und hilft nun in seiner Geburtsstadt nach Kräften, die Not zu lindern. (Auch kleinere Aktionen für Ost-Ungarn und für Riga werden durchgeführt.) Er organisierte und begleitete strapaziöse Lastwagenfahrten durch Deutschland und Polen, um mit Lebensmitteln, Kleidern und Medikamenten in die Stadt am Pregel zu gelangen. Aus zahlreichen, meist russisch verfassten Dankesschreiben zur Er-

**Hochzeitspaare
zeigen sich
jetzt vor dem
Grabmal Kants
bei der
Domruine.**

hellung der Wirtschaftslage in Kaliningrad vom 6. Januar 1993 hier zwei Stellen aus dem Brief des Schriftstellers *Jurij Iwanow*, eines Freundes von Georg Witt:

„Viele Leute frieren in ihren ungeheizten Wohnungen. Alles ist unglaublich teuer. Tausend Rubel für ein Kilogramm Fleisch, ebensoviel kostet ein Kilogramm Butter. Es gibt keine Kartoffeln, keine Milch. Das Brot ist sehr viel teurer geworden. Ein Kanister Benzin kostet 200 Rubel (20 Liter). Das ist soviel wie der grösste Teil der Rentner im Monat erhält. (...) Und da kommt zu Weihnachten Ihr grosses Geschenk. Wir verteilen das in der folgenden Weise: den älteren Menschen, sehr bedürftigen Rentnern, kranken Künstlern, Musikern und Schriftstellern. Sie haben im Moment praktisch keinen Lohn.“

Erstaunlich ist die Zahl von Schweizern, die sich noch heute durch Erinnerungen und Beziehungen mit Ostpreussen verbunden fühlen. Schon am Anfang des 18. Jahrhunderts waren einige tausend unserer Vorfahren in das nordöstliche Deutschland ausgewandert. Zusammen mit protestantischen Salzburgern, Hugenotten und Litauern halfen sie, die Lücken schliessen, die eine Pestepidemie in die ostpreussische Bevölkerung gerissen hatte. In Zürich gibt es einen «Freundeskreis Ostpreussen – Schweiz» unter der Leitung von Frau *Hägi-Modersbach*. Im 19. Jahrhundert waren es vor allem Käser, Melker und sonstwie mit der Milchwirtschaft Beschäftigte – «Schweizer» genannt –, die in der Gegend zwischen Tilsit und Gumbinnen tätig waren. Der Tilsiter ist ein Käse, der als ein Erzeugnis schweizerisch-ostpreussischer Zusammenarbeit Weltgeltung erlangt hat. Heute wird der Tilsiter in der Ostschweiz hergestellt. Schwirrgallen, Jurgatschen, Fichtenfliess, Wittigirren und ähnlich hießen die Dörfer, deren Milch des ursprünglichen Tilsitors auf den flachen Wiesen zwischen Haff und Memel «gewachsen» ist.

1945 war im Tilsiter-Gebiet auch das Ende grosser Viehherden und florierender Käsereien. Neusiedler aus der kriegsverehrten Sowjetunion lebten jetzt auf verödetem deutschem Boden, wo Milch und Brot Mangelware geworden waren. Dem vermochten weder die Bernsteinküste noch das Naturwunder der Kurischen Nehrung abzuhelfen.

Im 19. Jahrhundert waren es vor allem Käser – «Schweizer» genannt –, die in der Gegend zwischen Tilsit und Gumbinnen tätig waren.

Bernsteinland – gemeinsames europäisches Haus?

Was wird, was soll aus der russischen Westexklave Kaliningrad werden? Die Frage ist eng mit dem künftigen Schicksal der auseinandergefallenen Sowjetunion verbunden, insbesondere der Zukunft der russischen Föderation, deren Hauptstadt Moskau ist. Der Grossteil des Volkes von knapp einer Million ist russischsprachig und kommt aus verschiedenen Gebieten der einstigen Sowjetunion. Die Umsiedler wurden, teils zwangsweise, in der neu errichteten Sperrzone auf ehemals deutschem Boden angesiedelt. Seit der Öffnung im Jahr 1991 liessen sich mehr als 20 000 Russlanddeutsche, die aus den asiatischen GUS-Staaten (Kasachstan, Kirgisien, Tadschikistan u. a.) flüchten mussten, zur Bewirtschaftung des brachliegenden und vernachlässigten Landes nieder. Wie uns erst jetzt bekannt wurde, sind darunter auch einzelne Nachkommen von Schweizer Auswanderern. Vom Westen her kommen die ersten Unternehmer, Geschäftsleute, Hoteliers, Baufachleute und auch ein lutherischer Pfarrer nach Königsberg. Es geht tatsächlich mit kleinen Schritten, doch unübersehbar aufwärts. Dazu trägt der erhebliche Fluss von Deutscher Mark bei, welche neben dem instabilen Rubel als festes Zahlungsmittel gilt. Der Westen dehnt sich nach dem Osten Europas. Man denkt an die einstige Brückenfunktion Königsbergs, an die Zeit der Hanse, in der selbst eine Stadt wie Nowgorod aufblühte.

Um dem Königsberger Gebiet einen neuen Aufstieg zu ermöglichen, wurde bereits im Jahr 1991 von Präsident Jelzin die «Freie Wirtschaftszone Jantar (Bernstein)» im Rahmen der Russischen Föderation bewilligt, jedoch ohne präzise Bestimmungen darüber zu erlassen. Seit der zweiten Hälfte dieses Jahres diskutieren massgebliche Kreise in Kaliningrad die Schaffung einer «Vierten Baltischen Republik». Dabei treten Persönlichkeiten wie der Bürgermeister von Kaliningrad *Anatoli Schipow* und der von Jelzin eingesetzte Verwaltungsdirektor Prof. *Jurij Matotschkin* sowie der Präsident des Kaliningrader Kulturfonds *Jurij Iwanow* dafür ein. Der gleiche *Jurij Iwanow* hatte vor Jahrzehnten mitgeholfen, die Standbilder

von Kant, *Kopernikus*, *Herder* und *Corinth* zu zerstören. Bald schon aber sprach der Dichter Iwanow durch engen Kontakt mit deutschen Menschen und deren Kultur wie verwandelt von «*unserem Landsmann Kant*». Im Geiste der Rückbesinnung auf die wahre Geschichte der Stadt half er wieder herstellen, was möglich war. Selbst der Suche nach dem verschwundenen Bernsteinzimmer galt sein Bemühen.

Jurij Iwanow war der erste Kaliningrader, der 1990 Westdeutschland besuchte und der weiterhin zu den grossen Wegbereitern eines neuen Denkens in Kaliningrad gehört. (Die ohnehin schon starke russische Militärpräsenz wurde in den letzten zwei Jahren noch erheblich vermehrt. Doch ist anzunehmen, dass die Russen nach dem Rückzug aus den sogenannten Satelliten- und den Baltischen Staaten nirgends sonst Platz finden.)

«Freie Wirtschaftszone Bernstein» oder «Vierte Baltische Republik»? Oder, wie unbelehrbare Altkommunisten und Nationalisten behaupten, darf man auf Kaliningrad mit dem eisfreien Hafen als «verdienten» Kriegsgewinn nicht verzichten? Chromenko, der erste liberale Stadtpräsident, musste einer hohen Armeeinstanz weichen. Kürzlich aber lasen wir in der gut informierten «Welt am Sonntag» (19. September 1993):

«Heute zählt das dem Vergessen entrissene Königsberg/Kaliningrad annähernd 500 000 Einwohner, Nordostpreussen insgesamt 900 000, ganz überwiegend Russen; schätzungsweise die Hälfte davon ist dem russischen Militärapparat zuzuordnen.»

Also diente die Hälfte der Bevölkerung der bis Tilsit reichenden Sperrzone, die selbst den Russen nur mit Sondererlaubnis zugänglich war, jahrzehntelang der Verteidigung und Stärkung eines Totalitarismus, der durch Verstaatlichung und Kollektivierung die Einwohner unterdrückte. Zudem wurde auf Kosten der Landwirtschaft ein forcierter Ausbau der Schwerindustrie betrieben, wobei das Land über ausgezeichnete Ackerbau- und Weideflächen verfügt hätte, wären sie nicht straflich vernachlässigt worden. Andererseits fehlte es einer grossen Waggon-, Maschinen- und Celluloseindustrie an freier Entfaltung. Auch ein riesiges Fischfangunternehmen mit ausgezeichneten For-

schungsanlagen wurde in Fesseln gehalten. Der ergiebige Abbau des Bernsteins an der Samlandküste (90 Prozent des Weltvorkommens) verschwindet zu einem grossen Teil auf schwarzen Kanälen, angeblich in Richtung Polen. Ein neues Geschäft blühte mit dem sogenannten Heimwehtourismus auf. 1992 verzeichnete man im Kaliningrader Gebiet etwa 60 000 westliche Besucher. Es waren vor allem die einst aus diesem Land Vertriebenen, deren beliebteste Ziele ausser Königsberg die Samlandküste und die Kurische Nehrung waren. Schon lange vor der Öffnung des Sperrgebietes bahnte sich bei den Russen Nordostpreussens eine Wandlung der negativen Einstellung zu den früheren Bewohnern des Landes an. Der Dichter Iwanow ist dafür das sprechendste Beispiel. In den letzten Jahren zeigte sich deutscherseits eine geradezu überwältigende

Hilfsbereitschaft für die notleidende Bevölkerung Nordostpreussens. In der schon erwähnten «Welt am Sonntag» berichtet Jochen Kummer aus Kaliningrad über eine Reihe von Hilfstaten, wobei allerdings auch die Zurückhaltung des deutschen Aussenamtes kritisch beleuchtet wird, vermutlich wegen der Befürchtung, die Hilfsbereitschaft könnte falsch ausgelegt werden. Jochen Kummer erwähnt, dass im einst durch ein Gestüt so bekannten Ort Trakehnen eine deutsch-russische Begegnungsstätte mit Museum gegründet worden ist. 1992 trafen sich Kriegsveteranen in Dobrowolsk (früher Pillkallen) nahe der litauischen Grenze. Im Frühjahr 1945 hat der Ansturm der Roten Armee 160 Dörfer dem Erdboden gleichgemacht; aus den Kirchen, die stehengeblieben sind, wurden Sporthallen, Theater, Unterhaltungsstätten, auch Lagerhallen und Stallungen.

Die kirchliche Präsenz in der Kaliningrader Oblast begann erst mit der Perestroika. Im Jahr 1986 richtete sich die russisch-orthodoxe Gemeinde in der ehe-



Königsberg: Schloss nach Wiederaufbau.

malignen lutherischen Dorfkirche von Judditten ein, einem Vorort des alten Königsberg. Das damals verfallene gotische Gotteshaus wurde zu einer russisch-orthodoxen Kirche auf- und umgebaut. Erst Ende der achtziger Jahre bildete sich wieder eine lutherische Gemeinde, in der sich zumeist eingewanderte Russlanddeutsche zusammenfinden, ohne einen eigenen Gottesdienstraum zu haben. Auch eine katholische Gemeinde formierte sich in den letzten Jahren. Hingegen ist eine kleine Baptisten-Gemeinde schon längere Zeit aktiv. Aus Briefen ist zu entnehmen, dass die Leute dort wieder nach christlichem Glauben suchen, christliche Feste wie Weihnachten und Ostern wieder gefeiert werden und es erstmals seit 1917 wieder möglich ist, Religionsunterricht zu erteilen.

Angesichts des Wettkaufs der Kirchen wäre es ein Wunder, wenn der Wiederaufbau des Königsberger Doms nur an finanziellen Fragen scheiterte. Seit dem Wiederaufleben der alten Brückenfunktion Königsbergs ist Europa im Begriff, seine einstige Mitte wiederzufinden. Die Stadt am Pregel ist 600 Kilometer von Berlin entfernt, von Moskau aber 1200 km. Dem West-Ost-Verkehr dienen sichere Bahnen mit sinnvoller Verknüpfung der europäischen Normalspur- mit den russischen Breitspurgleisen, dies möglichst ohne bürokratisch behinderte Grenzübergänge.

Europa lebt, wenn Ost und West sich finden

1994 wird die Universität Königsberg/Kaliningrad ihr 450-Jahr-Jubiläum feiern. Der bekannteste Dozent, dessen Vorlesungen auch russische Offiziere hörten, war Immanuel Kant. Namhafte Größen haben sich hier ausgezeichnet, darunter auch Schweizer. Die glanzvollen Zeiten der Geistesstätte sind in unserem Jahrhundert von zwei Irrlehrern verfinstert worden. Für ein Jahrzehnt nach Hitlers Aufstieg vom nationalistischen Rassimus und dann für

fast fünfzig Jahre vom Marxismus-Leninismus. Heute sind es 5000 Studierende, die wieder – wie wir hoffen – in Freiheit ihrem Studium nachgehen; in einer Universität, deren Institut für das Fischereiwesen das grösste der Welt ist.

Der erfreuliche Stimmungswechsel in Kaliningrad, besonders seit Glasnost, ist durch den überraschenden Aufstieg des zwielichtigen «Liberaldemokraten» Schirinowski in Frage gestellt. Ernsthaft zu denken gibt ein neuer Artikel im Paneuropablatt (20. Dezember 1993) von Otto von Habsburg mit dem provokativen Titel «Angriff aus Königsberg?». Die starke militante Präsenz der Russen lädt kaum zu westlichen Investitionen ein. In Wirklichkeit sei heute dieser Winkel nur eine mächtige Flottenbasis mit einer gewaltigen Garnison. Man könne sogar sagen, dass die militärische Präsenz zur Verarmung der Bevölkerung beitrage. Mit einer Armee von 200 000 Mann gleiche die Region Kaliningrad einer Festung, in der nichts für die Verteidigung, sehr viel aber für einen Angriff getan werde, z.B. gegen die Baltischen Staaten.

Das Königsberger Gebiet eine freie Wirtschaftszone, eine Vierte Baltische Republik, eine neue Brücke zwischen West und Ost? Jelzin hat kürzlich erklärt, an der Erschließung der Bodenschätze Sibiriens sollten, zum Wohle aller, Deutsche und Russen beteiligt sein. Zwiespältig sind indessen die jüngsten Berichte aus der Kantstadt. Der erfreuliche «Königsberger-Kurier» ist, mangels Finanzen, kürzlich eingegangen. Das Regionalparlament sei aufgelöst worden, womit Jurij Iwanow nicht mehr Deputierter wäre. Positiv hingegen berührt die Nachricht, dass der Rektor der Universität Königsberg, wegen kommunistischer und antiwestlicher Haltung, abgelöst worden ist.

Von der anfangs gestellten Frage, was aus der russischen Exklave auf ehemals deutschem Boden werden soll, bleibt vorerst wenig mehr als ein Fragezeichen zwischen Zweifeln und Widersprüchen. ♦

HANS RYCHENER